

**Prof. Dr. Reinhold Hedtke, Prof. Dr. Gerd-E. Famulla,
Prof. Dr. Andreas Fischer, Prof. Dr. Birgit Weber,
Prof. Dr. Bettina Zurstrassen**

Für eine bessere ökonomische Bildung!

Kurzexpertise zum Gutachten

„Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen
Bildungsstandards und Standards für die Lehrerbildung
im Auftrag des
Gemeinschaftsausschusses der
Deutschen Gewerblichen Wirtschaft“
vom November 2010

iböb Initiative für eine bessere ökonomische Bildung

Übersicht

Einleitung	1
Hauptpunkte der Kritik im Überblick.....	3
Erläuterung der Kritik im Einzelnen.....	5
1. Die Konzeption der Wirtschaftsverbände eignet sich nicht als Grundlage für die Bildungspolitik	5
2. Die Wirtschaftsverbände fordern die einseitige und unkritische Anwendung wirtschaftswissenschaftlicher Theorien und Wertmaßstäbe.....	8
3. Das geforderte Schulfach Ökonomie gefährdet die ökonomische Bildung	12
Belege und Literatur.....	16
Autorinnen und Autoren	17
Die Initiative für eine bessere ökonomische Bildung.....	19
Impressum und Kontakt	20

Einleitung

Im Oktober 2010 veröffentlichte der Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft ein Gutachten „Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen“ mit Bildungsstandards und Standards für die wirtschaftswissenschaftliche Lehrerbildung. Wie schon die Gutachten des Deutschen Aktieninstituts (1999) und des Bankenverbands (2008) fordert es erneut ein eigenständiges Schulfach Wirtschaft, das rein wirtschaftswissenschaftliches Wissen vermitteln soll.

Alle drei Gutachten haben unter fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen, methodischen und pragmatischen Aspekten deutliche Defizite. Die drei Gutachten sind darüber hinaus durch gemeinsame Schwächen charakterisiert: die Fixierung ökonomischer Bildung auf die Volkswirtschaftslehre, das Ausblenden wissenschaftlicher Kontroversen, die Distanz zur ökonomischen Wirklichkeit in Unternehmen und Haushalten, Gesellschaft und Politik, die Nichtbehandlung der großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme sowie eine allgemeinpolitisch und interessenpolitisch einseitige Tendenz.

Das jüngste Gutachten der Wirtschaftsverbände ist in einigen, durchaus wich-

tigen Punkten fachlich besser als seine Vorgänger. Das gilt insbesondere für den Anschluss an die Debatte über Kompetenzen und Bildungsstandards sowie eine weitergehende Ausarbeitung des Kompetenzmodells. Indem es ein Modell ökonomischer als wirtschaftswissenschaftlicher Bildung einschließlich einer darauf ausgerichteten wirtschaftswissenschaftlichen Lehrerbildung und die konkrete Ausgestaltung von Aufgabenbeispielen entwickelt, macht es allerdings auch deutlich, welches eindimensionale Verständnis von ökonomischer Bildung die Wirtschaftsverbände einem Pflichtfach an den Schulen zu Grunde legen wollen.

Demgegenüber treten die Verfasserinnen und Verfasser der hier vorliegenden Expertise engagiert für eine bessere ökonomische Bildung ein. Diese bessere ökonomische Bildung bettet ökonomische Fragen in gesellschaftliche, politische und kulturelle Zusammenhänge ein und bezieht sich nachdrücklich auf die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler. Sie steht für wissenschaftlichen, politischen und weltanschaulichen Pluralismus, ist multiperspektivisch und lehnt es ab, den Lernenden ein einseitiges Weltbild aufzuzwingen.

Eine solche bessere ökonomische Bildung fördert die verantwortungsbewusste Entscheidungs-, Kommunikations- und Handlungsfähigkeit der Lernenden mit Blick auf ihre persönlichen, ökonomischen und politischen Ziele und ihre Interessen an der Gestaltung einer lebenswerten Wirtschaft und Gesellschaft. Sie fördert die Fähigkeit der Lernenden, Probleme aus unterschiedlichen Perspektiven wahrzunehmen und zu erklären sowie nach alternativen Lösungen zu suchen, statt sie – wie das Verbändegutachten – von vornherein ausschließlich in die so genannte „ökonomische Perspektive“ zu zwingen.

Die hier vorgelegte kurze Expertise konzentriert sich auf die Kritik wesentlicher Aspekte des aktuellen Gutachtens der Wirtschaftsverbände. Unsere Expertise haben wir ohne Finanzierung durch Verbände, Lobbygruppen oder politische Gruppierungen erstellt.

Wir legen hier also eine *unabhängige* Kurzexpertise zu dem Einheitskonzept ökonomischer Bildung und Lehrerausbildung vor, das die Wirtschaftsverbände flächendeckend durchsetzen wollen.

Hauptpunkte der Kritik im Überblick

Das Gutachten der Wirtschaftsverbände ...

- vertritt ein veraltetes Verständnis von Bildung und Didaktik, da es die Lebenswirklichkeit und die Interessen der Lernenden ignoriert, theoretisches Begriffswissen bevorzugt und überwiegend praktisch nutzlose Kompetenzen beschreibt;
- orientiert sich allein an wirtschaftswissenschaftlichen Theorien aus einer spezifischen Denkschule statt an wichtigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und lebensweltlichen Problemen;
- fällt hinter den gegenwärtigen Stand der Wirtschaftswissenschaften zurück und ignoriert die für die wirtschaftliche Lebenswelt wichtigen Erkenntnisse aus empirischer Sozialforschung und Psychologie, Organisationsforschung und Wirtschaftssoziologie;
- ist wissenschaftlich und politisch einseitig, indem es eine einzige Weltanschauung für alle(s) propagiert, einseitig Partei für die Unternehmerperspektive ergreift und Effizienz als dominantes Bewertungskriterium bevorzugt.

Die ökonomische Bildung nach Art der Wirtschaftsverbände favorisiert ...

- die Erziehung zum Denken und Handeln als kühl kalkulierender homo oeconomicus in allen Lebensbereichen;
- die Erklärung und politische Gestaltung der Welt nach *immer demselben* theoretisch-analytischen Erklärungsmuster, zu dem es keine Alternative geben soll;
- eine Schule, die sich die Universität zum Vorbild nimmt, Struktur und Inhalte der Schulfächer aus den wissenschaftlichen Einzeldisziplinen kopiert und die ökonomische Bildung einseitig wirtschaftswissenschaftlich ausrichtet.

Die ökonomische Bildung nach Art der Wirtschaftsverbände vernachlässigt ...

- auf reale Wirtschaftswelten und Alltagssituationen bezogenes Lernen von real existierenden Konsumentinnen, Berufswählerinnen, Auszubildenden, Erwerbstätigen, Unternehmerinnen und Anlegerinnen;
- den Vergleich *unterschiedlicher* Perspektiven, Erklärungsansätze und Handlungsmuster samt ihrer ökonomisch, politisch, gesellschaftlich, ökologisch und persönlich unterschiedlichen Folgen;
- personale Bildungsprozesse, die auf Selbsterkenntnis, kritisch reflektiertes Handeln, sozial-ökologische Verantwortung oder gar die Deflation von Konsumansprüchen zielen;
- das kritische Nachdenken von Schülerinnen und Schülern über ihre persönlichen Vorstellungen vom guten Leben und ihre Anforderungen an die Wirtschaftswelt;
- ein Lernen, das sich für die wichtigen Probleme der Menschen und Menschheit, alternative Lösungsstrategien und persönliche Beiträge dazu interessiert.

Erläuterung der Kritik im Einzelnen

1. Die Konzeption der Wirtschaftsverbände eignet sich nicht als Grundlage für die Bildungspolitik

Die Wirtschaftsverbände ignorieren den wissenschaftlichen Diskussionsstand in den Fachdidaktiken

Das Verbändegutachten knüpft nicht an den Stand der wissenschaftlichen Diskussion über Bildungsstandards an. Denn es ignoriert die wissenschaftlichen Standards, die die Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung als fachdidaktische Fachgesellschaft für alle Schulen von der Grundschule bis zur gymnasialen Oberstufe im Konsens der wirtschaftsdidaktischen Expertinnen und Experten entwickelt hat. Ebenso unberücksichtigt bleibt das Kerncurriculum Arbeitslehre (KecuBHTW 2006).

Was motiviert die Wirtschaftsverbände dazu, vom Stand der Wissenschaft abzusehen, um dann *eigene* Standards zu entwickeln und zu verbreiten? Es liegt nahe anzunehmen, dass die Verbände aus interessenpolitischen Gründen mit dem vorliegenden wissenschaftlichen Konsens unzufrieden sind.

Das Verbändegutachten entspricht nicht dem modernen Verständnis von Lernen

Das Hauptaugenmerk des Verbändegutachtens richtet sich auf die Vermittlung von Wissen. Es versteht die Aneignung von Neuem als einen von außen gesteuerten Prozess, der an das Individuum herangetragen werden muss, während es das individuelle Lernen „von innen“ kaum berücksichtigt. Dieses Lernmodell, das überwiegend reduktionistisch-instruktionistisch ausgerichtet ist, muss durch ein konstruktiv orientiertes Modell abgelöst werden. Das moderne Lern-Paradigma verabschiedet sich von den gängigen Lehr-Lern-Illusionen, dass nur gelernt werde, wenn gelehrt wird, und dass das gelernt werde, was gelehrt wird. Lernen ist vielmehr ein weitgehend selbstorganisiert bzw. selbstreferentiell ablaufender Aneignungsprozess von Individuen und Lernergebnisse können durch ein geeignetes Arrangement von Anregungen gebenden Lernwelten ermöglicht, aber nicht erzeugt, „gemacht“ oder „gewährleistet“ werden.

Das Verbändegutachten vertritt Unternehmerinteressen und ignoriert andere Interessengruppen

In einer pluralistischen Gesellschaft ist es legitim, wenn Verbände versuchen, ihre Eigeninteressen mittels Einflussnahme auf die ökonomische Bildung durchzusetzen. Nicht legitim wäre es, würde sich die Bildungspolitik allein die Position einer Lobbygruppe unter vielen zu Eigen machen und die obligatorische ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen nach Vorstellungen der Wirtschaftsverbände ausgestalten.

Eine angemessene ökonomische Bildung verlangt vielmehr, auch die fachliche und fachdidaktische, politische und praktische Expertise von Arbeitnehmer-, Sozial-, Verbraucher- und Umweltverbänden in Anspruch zu nehmen.

Die Wirtschaftsverbände beeinflussen Schule und Unterricht bereits

Das Gutachten zeigt, welche interessenpolitischen Schieflagen entstehen, wenn Wirtschaftsverbände über die Konzeption ökonomischer Bildung bestimmen. Seit langem schon werden einseitig auf die Posi-

tionen und Interessen von Unternehmen und einzelnen Branchen ausgerichtete Unterrichtsmaterialien kostenlos an Schulen verteilt. Auch über Betriebspraktika und Netzwerke wie Schule-Wirtschaft sowie spezielle Projekte zu Praxiskontakten haben Unternehmer und ihre Verbände einen privilegierten Zugang zu Schulen und die Möglichkeit, ihre Sicht der Dinge in vielfältigen Formen einfließen zu lassen.

Die asymmetrische Besserstellung einer bestimmten Interessengruppe in der ökonomischen Bildung darf nicht durch konzeptionelle politische Vorgaben im Sinne des Verbändegutachtens noch weiter gestärkt werden.

Die engen Aufgabenstellungen widersprechen den offeneren Zielen

Im Gutachten finden sich Hinweise auf eine aus der Politik bekannte Argumentationstechnik: Die allgemeinen Ziele lesen sich relativ offen und eher pluralistisch, wird es aber konkret, setzen sich nur eine einzige Position oder nur die eigenen Interessen durch. So benennt das Gutachten zwar ganz allgemein Effizienz, Freiheit, Gerechtigkeit und/

oder Nachhaltigkeit als Bewertungskriterien wirtschaftlicher Regeln und Zusammenhänge (GGW 33, 36 f.).

Auf der konkreten Ebene der Metaaufgaben bleibt davon fast nichts übrig, sie sind durch eine extreme Engführung auf Effizienz charakterisiert. Die Lernenden werden in eine strikte ökonomistisch-buchhalterische Perspektive gezwungen und erhalten keinerlei Gelegenheit, alternative Erklärungsmuster und Bewertungskriterien kennen zu lernen und anzuwenden. Das reduziert ökonomische Bildung auf die Befähigung zur Anwendung des Effizienzprinzips „gleich in welchem Gegenstandsreich“ (GGW, 17).

Die Wirtschaftsverbände hegen ein Wunschbild von sauber getrennten Disziplinen und Fächern

Das Gutachten der Wirtschaftsverbände behauptet, dass unter den Fachprofilen, die die Kultusministerkonferenz (KMK) für die Lehrerausbildung verabschiedet hat, „nur (!) das Profil ‚Sozialkunde/Politik/Wirtschaft‘ das Studium von drei Anteilsdisziplinen“ umfasse, nämlich Politikwissenschaft, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft“ (GGW 84). Diese Behauptung ist falsch.

So umfasst beispielsweise das KMK-Profil „Neue Fremdsprachen“ die drei Disziplinen Sprachwissenschaft, Literaturwissenschaft und Kulturwissenschaft. Es gibt weitere disziplinübergreifende oder multidisziplinäre Profile für das Lehramtsstudium nach KMK-Vorgaben, z.B.: Alte Sprachen (Latein, Griechisch), Deutsch (Sprachwissenschaft, Literaturwissenschaft), Geographie (Physische Geographie, Humangeographie), Musik (Musikpraxis, Musiktheorie/Musikwissenschaft, Musikpädagogik) sowie Grundschulbildung (Deutsch, Mathematik, Fremdsprache, Sachunterricht, Ästhetische Bildung, Religionslehre).

Das Gutachten orientiert sich offensichtlich an einem Wunschbild artenrein getrennter Disziplinen, das der Wirklichkeit der Wissenschaften vielfach schon lange nicht mehr entspricht. Insbesondere in den Gesellschaftswissenschaften lassen sich Forschungsgegenstände in rein disziplinären Zugriffen nicht angemessen bearbeiten. Nicht selten sind die Unterschiede innerhalb einer Disziplin sogar größer als die zwischen benachbarten Disziplinen.

Zur Realität der Lehrerausbildung und zum problemorientierten Lernen

hat eine scheinbar saubere Trennung nach Disziplinen noch nie gepasst. Die Wirtschaftsverbände in-

strumentalisieren ihr Konstrukt der „reinen Disziplin“ für fach- und interessenpolitische Gründe.

2. Die Wirtschaftsverbände fordern die einseitige und unkritische Anwendung wirtschaftswissenschaftlicher Theorien und Wertmaßstäbe

Was zählen Erfahrungen, Interessen und Probleme der Lernenden?

Die Standards im Verbändegutachten greifen die gegenwärtigen und zukünftigen Interessen und die ökonomischen und gesellschaftlichen Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler nicht auf. Sie setzen sich nicht mit gesellschaftlichen Einflüssen und unternehmerischen Einflussnahmen auf die Selbstbestimmung der Lernenden auseinander. Die Standards der Wirtschaftsverbände stehen im Widerspruch zu den Interessen der Lernenden an Aufklärung über sich selbst und über alternative Möglichkeiten, ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten.

Mit der unrealistischen Überbetonung von Rationalität, Kalkül und Ef-

fizienz wiegt eine ökonomische Bildung nach Art der Wirtschaftsverbände die Lernenden in falscher Sicherheit über die rationale Kontrollierbarkeit ihrer eigenen ökonomischen Lebenssituationen. Das öffnet unbemerkten Einflussnahmen von außen Tür und Tor, wie zahlreiche Beispiele aus den Welten des Konsums und der Geldanlage sowie aus der Finanzkrise belegen.

Wie einseitig soll ökonomische Bildung sein?

Indem die Wirtschaftsverbände ökonomische Bildung allein auf die Denkmuster von Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre ausrichten, reduzieren sie systematisch die realen Rollen und pragmatischen Probleme von Verbrauchern, Berufswählern, Arbeitnehmern, Anle-

gern und Versicherten auf die ökonomische Dimension. Die Schülerinnen und Schüler lernen, Probleme nur aus der Effizienzperspektive sowie mit Akzent auf der speziellen Sichtweise des Unternehmertums wahrzunehmen und zu bearbeiten. Das wird den realen Anforderungen nicht gerecht, die wirtschaftlich geprägte Lebenssituationen an die Kompetenz der Lernenden stellen.

Während das Verbändegutachten die Bedeutung von Unternehmern und Pionierunternehmern betont und mit Blick auf Innovation und Fortschritt würdigt, blendet es die hohe wirtschaftliche Relevanz des Staates, der bei vielen Technologien als „Pionierunternehmer“ wirkte, der gesellschaftlichen Kooperation, der Arbeitnehmer und der Arbeiterbewegung systematisch aus. Ziele und Interessen von Arbeitnehmern und ihren Organisationen tauchen in den Standards der Wirtschaftsverbände erst gar nicht auf.

Frappierend einseitig ist, dass nur Arbeitnehmer (Krankfeiern), Verbraucher (geschmuggelte Zigaretten) und Versicherungsnehmer (Versicherungsbetrug) zu kriminellen Handlungen neigen, während Unternehmer und ihre Agenten dazu kei-

nerlei Hang zu haben scheinen (GGW, 49, 66). Selbst den Prinzipal-Agent-Ansatz wendet man bevorzugt aus Eigentümer- bzw. Unternehmerperspektive und damit einseitig an.

Wie eindimensional sollen die Lernenden denken?

Das Gutachten der Wirtschaftsverbände zwingt die Lernenden überwiegend dazu, nur ein einziges Entscheidungskriterium anzuwenden (monetäres Kosten-Nutzen-Verhältnis oder Effizienz). Diese Eindimensionalität des Denkens wird nur selten durchbrochen; das wird der komplexen Lebenswirklichkeit nicht gerecht. Hätten alle Entscheidungsträger immer schon nach diesem schlichten Kriterium entschieden, hätte es wichtige wirtschaftliche Innovationen nie gegeben.

Ähnlich reduziert sich der Konsum in der Vorstellung der Verbände auf den Kauf und seine Vorbereitung durch rationales Kalkül. Die Alltagsökonomie wird allein auf den Kostenaspekt fixiert, die im wirklichen Leben recht komplexen Überlegungen über den möglichen Nutzen kommen nicht vor. Damit lässt diese Art von ökonomischer Bildung die Schülerinnen und Schüler in ihren

realen Wirtschaftswelten allein, die stark von Bildern und Bedürfnissen, Emotionen und Erzählungen, Versprechungen und Vorbildern geprägt sind.

Auch im Bereich Arbeit und Beruf entspricht das ökonomisch verengte Kalkül nicht der wirtschaftlichen Realität. Es ist empirisch eindeutig belegt, dass bei den meisten Jugendlichen Aufstiegschancen und materielle Absicherung nicht an erster Stelle stehen, sondern der Wunsch nach freien und selbst bestimmten beruflichen Tätigkeiten, nach Selbstverwirklichung und Sinnerfüllung. Diese Dimensionen kommen aber in der ökonomischen Bildung nach Art der Wirtschaftsverbände nicht vor.

Wie stark soll sich ökonomische Bildung inhaltlich verengen?

Ginge es nach den Wirtschaftsverbänden, würde sich ökonomische Bildung nur auf den Mainstream der Volkswirtschaftslehre und ferner auf die mikroökonomische Lehrmeinung in der Betriebswirtschaftslehre beziehen. Damit berücksichtigen sie nicht einmal die unterschiedlichen Ansätze in den wirtschaftswissenschaftlichen Referenzdisziplinen in angemessener Breite. Durch die Ausrich-

tung auf einen Denkansatz verdrängen sie den theoretischen und politischen Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften. Zugleich ignorieren sie die zahlreichen, nicht marktgängigen wirtschaftlichen Transaktionen.

In der ökonomischen Bildung kommt es auch darauf an, die gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Faktoren, die individuelle wirtschaftliche Lebenssituationen beeinflussen, zu verstehen und die politischen Ansätze und Instrumente zu erkennen und zu nutzen, mit denen man wirtschaftliche Strukturen und Phänomene verändern kann. Völlig unverstanden bliebe die Wirtschaftswelt, wenn Schülerinnen und Schüler nicht lernen würden, warum viele scheinbar so sinnvolle Vorschläge der Wirtschaftswissenschaften gesellschaftlich und politisch nicht umgesetzt werden (können). Ökonomische Bildung ist deswegen auch auf politikwissenschaftliches und soziologisches Wissen angewiesen.

Wie weit soll sich ökonomische Bildung von realen Problemlagen entfernen?

Das Gutachten der Wirtschaftsverbände nimmt relevante Probleme der

Wirtschaft nicht zur Kenntnis oder nicht ernst. Im Gutachten vernachlässigt werden: der politische und mediale Einfluss von Lobbys, die erschreckend geringe soziale Aufstiegsmobilität, die hohe und zunehmende Vermögenskonzentration, der Ausschluss der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung von der Teilhabe am Produktivvermögen, die einseitige Verschiebung unternehmerischer Risiken zu Lasten von Staat und Gesellschaft, die starke männliche Dominanz in wirtschaftlichen Leitungspositionen und gut bezahlten Stellentypen, die erhebliche Diskriminierung von Ethnien im Arbeitsleben, der unaufhörlich steigende Wettbewerbs- und Leistungsdruck und seine hohen psychischen und sozialen Kosten, die ständig wachsende wirtschaftliche Unsicherheit und ihre Folgen für die private Lebensplanung, die Ausdehnung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die wachsende soziale Ungleichheit oder die mit dem Wirtschaftswachstum zunehmende Umweltzerstörung und Externalisierung menschlicher, sozialer und ökologischer Kosten zu Lasten weniger entwickelter Weltregionen.

Wie wichtig ist kritisches und unabhängiges Urteilsvermögen?

Die Wirtschaftsverbände fordern in ihrem Gutachten die Lernenden nur im Kompetenzbereich „Entscheidung und Rationalität“ zum eigenständigen Bewerten und Urteilen auf, geben dafür aber allein das Effizienzkriterium vor. In den Kompetenzbereichen „Beziehung und Interaktion“ sowie „System und Ordnung“ sollen sich die Schülerinnen und Schüler vor allem auf reproduktives Lernen beschränken: kennen, beschreiben, systematisieren und nach vorgegebenen Mustern erklären. Kritisches Fragen und eigenständig-nachdenkendes Urteilen über unternehmenspolitische Entscheidungen, Wirtschaftssystem und Wirtschaftsordnung bleiben unberücksichtigt. Auch werden den Lernenden für das Verständnis der modernen Wirtschafts- und Finanzwelt zentrale Begriffe wie „Kapitalismus“ völlig vorenthalten.

Die Lernenden sollen sich auch nicht damit auseinandersetzen, wie sie selbst durch Kommunikation, Diskurs, Emotion, Persuasion auf den Gütermärkten beeinflusst werden. Stattdessen trägt das Gutachten die

Analysemethode der Wirtschaftswissenschaft unreflektiert als *Verhaltenserwartung* an den einzelnen Lernenden heran und macht den homo oeconomicus zum normativen Modell.

Die Schülerinnen und Schüler lernen nur, wie die Mechanismen in Marktmodellen funktionieren. Wie reale Märkte tatsächlich funktionieren

bleibt unberücksichtigt. Eine reflektierte Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Staat und Wirtschaft, den Folgen für die Lebenschancen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und den alternativen Staatsauffassungen, auf die man z.B. in wirtschaftlich wichtigen europäischen Ländern trifft, findet kaum statt.

3. Das geforderte Schulfach Ökonomie gefährdet die ökonomische Bildung

Eigenständiges Fach oder Verankerung in einem Fach?

Die ökonomische Bildung findet sich in den meisten Bundesländern in Ankerfächern wieder; zudem wurde sie in den letzten Jahren deutlich ausgeweitet. Wichtig ist nicht nur, dass wirtschaftliche Fragen in der Schule angemessen zu behandeln sind, sondern auch, dass ökonomische Bildung einem Ankerfach zugeordnet ist und damit einen festen Platz im Curriculum hat.

Die ökonomische Bildung in einem eigenständigen und inhaltlich isolierten Fach zu verorten, birgt aber erhebliche Risiken. Mit der disziplinären

Verengung allein auf die Wirtschaftswissenschaften verbindet sich ein doppeltes Risiko der Einseitigkeit: Dieses Schulfach zwingt dazu, Welt und Wirtschaft ausschließlich mit einem einzigen Denkmodell aus einer Einzelwissenschaft wahrzunehmen (z.B. ökonomische Verhaltenstheorie) und misst der Perspektive der unternehmerischen Wirtschaft einen unangemessen starken Stellenwert bei. Erst wissenschaftliche Multiperspektivität, wissenschaftlicher Pluralismus und interdisziplinäres Vergleichen eröffnen die Chance, paradigmatische und disziplinäre Einseitigkeiten und Engfüh-

rungen zu reflektieren und zu relativieren.

Die Zahl fachdidaktischer Professuren und damit die Entwicklung der Wirtschaftsdidaktik hängen keineswegs von der Existenz eigenständiger Schulfächer ab. Vielmehr haben Bundesländer ohne eigenständiges Fach Wirtschaft wirtschaftsdidaktische Professuren, während dort, wo es seit langem ein eigenständiges Fach Wirtschaft gibt, diese Professuren noch lange nicht an jedem Standort der Lehrerausbildung existieren.

Sinnentleerte und simplifizierende Aufgabenstellungen?

Die von den Wirtschaftsverbänden als vorbildlich vorgestellten Aufgabenbeispiele, die das Verbändegutachten den Schülerinnen und Schülern zur Überprüfung ihrer Kompetenz zumutet, sind nicht sinnvoll und wenig auf Bildung orientiert (z.B. Grenzkostenkurven, Preiselastizitäten, Preisstrategien von Monopolisten). Sie erfordern vor allem die Anwendung von Modellen statt kritischem Nachfragen und selbstständigem Urteilsvermögen. Im Mittelpunkt stehen das Nachvollziehen volkswirtschaftlicher Denkmuster und die

Durchführung von Rechenaufgaben. Das Nachdenken über wirtschaftliche Probleme kommt zu kurz, für ein fachlich informiertes Urteilsvermögen bleibt wenig Platz.

Die Aufgaben blenden die gesellschaftlichen und kulturellen Einflüsse und persönlichen Werthaltungen aus und fokussieren den Blick auf allein ökonomisch geprägte Entscheidungen.

Insgesamt verwundert es sehr, wie wenig die Wirtschaftsverbände in ihrem Gutachten die Anforderungen komplexer Lebenssituationen selbst zum Gegenstand des Lernens machen, wie wenig sie kritische Urteilsfähigkeit und ethisches Reflexionsvermögen fordern und wie sehr die Erwartungen in der Regel auf eine glasklare Problemlösung hinauslaufen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass man die Lebenssituationen so zurechtmodelliert hat, dass sie zu den eindeutigen Lösungsmustern der Schulökonomik passen und so zur Ökonomisierung der eigenen Lebenswelt zwingen. Das entspricht aber weder den realen Problemlagen der Lernenden, noch denen von Gesamtwirtschaft und Gesellschaft.

Verstärkung von Stereotypen durch die Art der Aufgaben?

Mit seinen Aufgaben blendet das Verbändegutachten nicht nur die ethnische und geschlechtsspezifische ökonomische Ungleichheit aus, sondern verstärkt die Stereotypenbildung. Unternehmerisches Handeln erscheint als eine Domäne der Männer, der Begriff „Unternehmerin“ findet keine Verwendung. Unternehmertum und Sachkompetenz sind eindeutig männlich definiert (z.B. ist Herr Esser Unternehmer und Herr Müller ist Energiesparberater, Murat und Elena dagegen gehen zur Hauptschule (GGW 65, 46 f.)).

So fördern die Aufgabenstellungen bei den Lehramtsstudierenden und bei den Schülerinnen und Schülern unterschwellig die Stereotypisierung vom bildungsfernen „Migranten“ und tragen dazu bei, die bestehende soziale Ungleichheit im Bildungssystem zu verfestigen.

Ethische Verhaltensdefizite schreibt das Gutachten den Verbrauchern zu (so wird etwa in den Aufgabenbeispielen „Oma Claudia“ die Rolle der Anstifterin zum Versicherungsbetrug zugewiesen (GGW 49)). Verbraucher sind aber eine Personengruppe,

die in den amtlichen Statistiken insbesondere im Bereich der Wirtschaftskriminalität kaum vorkommt. Im Verbändegutachten kommen Subventionsbetrug, Steuerhinterziehung, Vorenthalten von Sozialabgaben, Bilanzfälschung, Insidergeschäfte, Schwarzbeschäftigung, Straftaten gegen die Umwelt usw., also typische Delikte, die Unternehmerinnen und Unternehmer begehen, nicht zur Sprache. Diese Einseitigkeit fördert ein gesellschaftlich dichotomes Moralkonzept.

Einfache Entscheidungen statt komplexem Problemlösen?

Die Aufgabenbeispiele sind wenig problemorientiert. Sie behandeln Lebenssituationen unterkomplex, setzen etwa Arbeitsmarkt und Konsumgütermarkt undifferenziert gleich oder reduzieren Problemlösen auf simple Konsum- und Kaufentscheidungen (z.B. GGW 42, 44, 46, 49, 51).

Die Aufgaben sind in weiten Teilen für das Leistungsniveau der anvisierten Lerngruppen nicht angemessen. So sollen z.B. Schülerinnen und Schüler der Grundschule die Lebensmittelgeschäfte ihres Wohnortes auflisten und etwa Sortimentbreite,

Preisniveau, Ladenfläche vergleichen (GGW 40). Mit welchen konkreten Marketingstrategien die Händler das Kaufverhalten beeinflussen und wie man sich dagegen wehren kann, bleibt dagegen unberücksichtigt. Welche Schlussfolgerungen man für das Handeln und den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern ziehen kann, wird ebenfalls ignoriert.

Kompetente Lehrerinnen und Lehrer für die ökonomische Allgemeinbildung?

Die Wirtschaftsverbände schlagen ein Lehramtsstudium von drei Disziplinen vor: vor allem Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre und nachgeordnet Wirtschaftsrecht. Damit sollen Lehrerinnen und Lehrer drei Einzeldisziplinen studieren, die eigene Wissenschaftskulturen aufweisen und die überhaupt nicht an der Allgemeinbildung und an der Lehrerausbildung orientiert sind.

Das Gutachten hält die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer im Studium systematisch von Wissensbeständen fern, die für die wirksame Beeinflussung wirtschaftlicher Lebensverhältnisse und die gezielte Gestaltung wirtschaftlicher Strukturen hoch rele-

vant sind: vom Wissen der Arbeits- und Wirtschaftssoziologie, der interdisziplinären Organisations-, Personal- und Managementforschung, der Wirtschafts- und Sozialpsychologie, der interdisziplinären Konsumenten- und Marktforschung, der Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsgeographie, der Verhaltens-, Sozial- und Umweltökonomik. Dass der Mainstream der Betriebswirtschaftslehre diese Verengung als für eine moderne Managementausbildung völlig unangemessen zurückweisen würde, zeigt den trivialen Reduktionismus, der hinter den Vorschlägen zur Lehrerausbildung steckt.

VWL und BWL haben nämlich für ökonomisch geprägte Lebenssituationen der Konsumenten, Berufswähler, Auszubildenden und Arbeitnehmer nur wenig relevantes Orientierungs- und Handlungswissen zu bieten. Aufgrund der disziplinären Enge erfahren angehende Lehrerinnen und Lehrer in einem Studium nach den Vorstellungen der Wirtschaftsverbände nur wenig darüber, wie die wirtschaftlichen Akteure – also ihre zukünftigen Schülerinnen und Schüler – in diesen Rollen *wirklich* funktionieren und reagieren.

Literaturnachweise

Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung (Hrsg.) 2004: Bildungsstandards ökonomischer Bildung für den mittleren Schulabschluss. Online unter:

http://www.degoeb.de/stellung/04_DEGOEB_Sekundarstufe-I.pdf

Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung (Hrsg.) 2006: Bildungsstandards ökonomischer Bildung für den Grundschulabschluss. Online unter:

http://www.degoeb.de/stellung/06_DEGOEB_Grundschule.pdf

Deutsche Gesellschaft für ökonomische Bildung (Hrsg.) 2009: Bildungsstandards ökonomischer Bildung für den Abschluss der gymnasialen Oberstufe. Online unter:

http://www.degoeb.de/stellung/09_DEGOEB_Abitur.pdf

GGW 2010 = Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen. Bildungsstandards, Standards für die Lehrerbildung. Studie im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft unter Vorsitz des ZDH (2009/2010). Autoren: Hans-Carl Jongeblod, Bernd Remmele, Thomas Retzmann, Günther Seeber. O.O. (Berlin). Online unter:

[http://www.zdh.de/fileadmin/
user_upload/presse/Pressemeldungen/2010/Gutachten.pdf](http://www.zdh.de/fileadmin/user_upload/presse/Pressemeldungen/2010/Gutachten.pdf)

KecuBHTW 2006 = Kerncurriculum Lernbereich Beruf-Haushalt-Technik-Wirtschaft / Arbeitslehre (KecuBHTW). Sekundarstufe I. Online unter:

<http://www.jsse.org/2006/2006-3/interdisziplinaere-arbeitsgruppe-bhtw>

Autorinnen und Autoren

Dr. Gerd-E. Famulla, Professor für Wirtschaftswissenschaften und ihre Didaktik, von 1993 bis 2009 an der Universität Flensburg, seitdem in Ruhestand. Forschungsschwerpunkte: Arbeits-, Bildungs- und Umweltökonomie sowie Berufsorientierung. Von 1988 bis 1992 war er im Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, u. a. für die Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“. Von 2000 bis 2007 war er Leiter der wissenschaftlichen Begleitung des BMBF/ESF-Programms „Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben“. Aktuelle Veröffentlichungen als Mitautor und -herausgeber: Reihe „Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben“, Bd. 1-5 (2007-2008), zuletzt: Beiträge zur Berufsorientierung und zum Wandel der Arbeit in „Forum Arbeitslehre“ 3/2009 und 5/2010.

Dr. Andreas Fischer, Professor für Didaktik der Wirtschaftslehre sowie für Berufs- und Wirtschaftspädagogik an der Leuphana Universität Lüneburg. Er ist Mitherausgeber der internationalen Zeitschrift *Journal of Social Science Education*. Seine Forschungsschwerpunkte liegen z. Zt. in der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in der ökonomischen sowie wirtschaftsberuflichen Bildung. Aktuelle Veröffentlichungen: „Die soziale Dimension von Nachhaltigkeit – Beziehungsgeflecht zwischen Nachhaltigkeit und Benachteiligtenförderung“ (2010 als Hrsg.); „Schule – der Zukunft voraus. Was wäre, wenn...? Berufliche Bildung und zukünftige Entwicklung“ (2010 als Hrsg. zus. M. Gabriela Hahn); „Vom Elfenbeinturm zum Ladentisch – Nachhaltige Potenziale im Handel“ (2009, gemeinsam mit Klaus Dieter Mertineit und Frank Skrzipietz).

Dr. Reinhold Hedtke ist Professor für Didaktik der Sozialwissenschaften und Wirtschaftssoziologie an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld und Herausgeber der internationalen Zeitschrift *Journal of Social Science Education*. Von 1998-2002 war er Professor für Wirtschaftswissenschaften und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Weingarten. Seine Forschungsschwerpunkte liegen z. Zt. im Bereich der Didaktik der ökonomischen Bildung und der soziologischen Markttheorie. Aktuelle Veröffentlichungen: „Konzepte ökonomischer Bildung“ (2011), „Ökonomische Denkweisen. Eine Einführung“ (2008), als Hrsg. zus. m. Birgit Weber „Wörterbuch ökonomische Bildung“ (2008).

Dr. Birgit Weber ist seit 2007 Professorin für Didaktik der Sozialwissenschaften an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für ökonomische Bildung, deutsche Repräsentantin der Association of Economic Education in Europe sowie Mitherausgeberin der internationalen Zeitschriften *Journal of Social Science Education* und *Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften*. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der ökonomischen Bildung. Neben umfassenden curricularen Analysen der Situation ökonomischer Bildung hat sie an zahlreichen curricularen Vorgaben mitgewirkt, etwa die Entwicklung der Bildungsstandards der Deutschen Gesellschaft für ökonomische Bildung von 2004-2009 koordiniert, die fächerübergreifende Entwicklung des Kerncurriculums Beruf-Haushalt-Technik-Wirtschaft beeinflusst sowie die Rahmenpläne Wirtschaft-Arbeit-Technik in Brandenburg aus wirtschaftsdidaktischer Perspektive unterstützt. Aktuelle Veröffentlichungen sind „Unternehmen und Produktion“ (2006) sowie „Haushalt-Markt-Konsum“ (2010) als Informationen zur politischen Bildung sowie als Hrsg. zus. mit Reinhold Hedtke „Wörterbuch ökonomische Bildung“ (2008).

Dr. Bettina Zurstrassen, Professorin für Fachdidaktik der Sozialwissenschaften an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der politischen Bildung an Berufsschulen/-kollegs, der Genderforschung in der politischen und ökonomischen Bildung sowie der Lehrerprofessionsforschung. Sie hat für das Schulministerium Nordrhein-Westfalen das Netzwerk fachliche Unterrichtsentwicklung „Politik/Wirtschaft G8“ wissenschaftlich begleitet und arbeitet derzeit an der Entwicklung eines Fortbildungskonzepts für Lehrkräfte für das Unterrichtsfach „Politik/Wirtschaft“ mit.

Die Initiative für eine bessere ökonomische Bildung

Die Initiative für eine bessere ökonomische Bildung, kurz iböb, ist ein lockerer Zusammenschluss von Personen aus unterschiedlichen Institutionen und Arbeitsfeldern, die sich wissenschaftlich, politisch und praktisch für eine inhaltlich, methodisch und pragmatisch bessere ökonomische Bildung engagieren. Die Verfasserinnen und Verfasser der vorliegenden Expertise „Für eine bessere ökonomische Bildung!“ haben diese Initiative angestoßen.

Die iböb orientiert sich vor allem an den folgenden Qualitätsmerkmalen ökonomischer Bildung:

- Lebenswirklichkeit(en) der Schülerinnen und Schüler als zentraler Bezugspunkt ökonomischer Bildung;
- gesellschaftliche und individuelle Schlüsselprobleme als Relevanzkriterien ökonomischer Bildung;
- wissenschaftlicher, politischer und weltanschaulicher Pluralismus als Grundlage ökonomischer Bildung;
- Einbettung ökonomischer Fragen in gesellschaftliche, politische und kulturelle Kontexte;
- Mehrdimensionalität, Multiperspektivität und Kontroversität als inhaltliche Prinzipien ökonomischer Bildung;
- Diversität der persönlichen Ziele, Wertvorstellungen und Lebensentwürfe der Lernenden als ein Fokus ökonomischer Bildung;
- Befähigung der Lernenden zur Gestaltung einer lebenswerten Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Initiative für eine bessere ökonomische Bildung ist offen für weitere Personen und Institutionen, die sich diesen Zielen verpflichtet sehen und sich dafür engagieren wollen.

Impressum und Kontakt

Prof. Dr. Reinhold Hedtke, Prof. Dr. Birgit Weber, Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Arbeitsbereich Didaktik der Sozialwissenschaften, Postfach 100 131, 33501 Bielefeld. Tel.: +49 (0)521-106-3985. E-Mail: info@iboeb.org

Internetpräsenz (im Aufbau): www.iboeb.org

V.i.d.S.d.P.: Prof. Dr. Reinhold Hedtke

Die Initiative für eine bessere ökonomische Bildung, kurz iböb, engagiert sich für die folgenden Qualitätsmerkmale ökonomischer Bildung:

- Lebenswirklichkeit(en) der Schülerinnen und Schüler als zentraler Bezugspunkt ökonomischer Bildung;
- gesellschaftliche und individuelle Schlüsselprobleme als Relevanzkriterien ökonomischer Bildung;
- wissenschaftlicher, politischer und weltanschaulicher Pluralismus als Grundlage ökonomischer Bildung;
- Einbettung ökonomischer Fragen in gesellschaftliche, politische und kulturelle Kontexte;
- Mehrdimensionalität, Multiperspektivität und Kontroversität als inhaltliche Prinzipien ökonomischer Bildung;
- Diversität der persönlichen Ziele, Wertvorstellungen und Lebensentwürfe der Lernenden als ein Fokus ökonomischer Bildung;
- Befähigung der Lernenden zur Gestaltung einer lebenswerten Wirtschaft und Gesellschaft.